



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/136 - 18.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Die Bonner Souveränität und die Wirklichkeit	S. 1
Spaltung der italienischen Monarchisten	S. 3
Dehlers Koalitionsangebot an Arnold	S. 5
Zum 4. Internationalen Sparkassenkongress	S. 6

Das Besatzungsstatut ist überfällig

(sp) Der Schrei nach "Souveränität" der Bundesrepublik ist der klägliche Klagelaut derer, die vor den Trümmern ihrer seit fünf Jahren verfolgten Politik stehen. Dieser Begriff ist, was unser provisorisches Staatswesen angeht, in jeder Hinsicht falsch und unangebracht. Das klingende Wort wird auf einen Sachverhalt bezogen, der seine wirkliche Bedeutung nicht deckt. Der Generalvertrag gibt der Bundesrepublik, wenn er wirksam werden könnte, eine beschränkte Handlungsfreiheit nach innen und außen, aber die oberste Gewalt, die wirkliche Souveränität, bleibt bei den drei Besatzungsmächten.

- Das Rufen der Bonner Regierung nach Souveränität mußte diese Lautstärke annehmen, da man die Gegenleistung des Verteidigungsbeitrags anders nicht hätte rechtfertigen können. Adenauer hat jahrelang die mangelnde deutsche Gleichberechtigung in dem schein-europäischen Verteidigungssystem mit dem Gegengeschenk der von den Alliierten verliehenen "Souveränität" zuzudecken sich bemüht. Er handelte daher konsequent, wenn er Generalvertrag und EVG-Vertrag als eine unlösliche Einheit hinstellte. Der Generalvertrag gibt in der Tat dem Bund nur die Vollmachten, die er zur Ausführung des EVG-Vertrages benötigt. Es bleibt ein nicht wieder gutzumachender Fehler, daß der westdeutsche Regierungschef den Alliierten den Verteidigungsbeitrag angeboten und damit das Besatzungsverhältnis auf die Ebene eines Tauschgeschäftes Scheinsouveränität gegen EVG-

Verwirklichung herabgedrückt hat.

Daß die Bundesrepublik heute gezwungen ist, sich die Einschränkung des Besatzungsregimes erkaufen zu müssen, ist das Ergebnis dieser Politik Adenauers. Wenn die Bonner Koalition heute, nachdem der EVG-Vertrag abgeschlossen ist, nach den "Vorteilen" des Generalvertrages schreit und dessen Inkraftsetzung verlangt, stellen die Westalliierten die Gegenfrage nach dem Preis, den die Deutschen dafür bieten. Wer 1950 den Handel freiwillig angeboten hat, darf sich nicht wundern, wenn ihm Bedingungen gestellt werden. Wer das zwischen den beiden Vertragswerken bestehende Junktim als genialen Einfall gepriesen hat, darf sich über den alliierten Beifall nicht beklagen. Jede berechnete deutsche Forderung, wie etwa die nach der Übertragung der Lufthoheit auf den Bund, wird von den Alliierten als ein Versuch betrachtet, Rosinen aus dem versalzenen Kuchen des deutschen Verteidigungsbeitrags herauszupicken. Die Westmächte erweisen sich als konsequente Anhänger des Adenauerschen Gedankengangs, der am Anfang der sogenannten Außenpolitik stand.

- Die sozialdemokratische Opposition hat von Anfang an vor diesem Kurs gewarnt, und man weiß, wie sehr sich damals Dr. Kurt Schumacher gegen diese nationalpolitische Katastrophe aufgelehnt hat. Doch schlugen der Regierungschef und seine parlamentarische Gefolgschaft die Warnungen mit souveräner Ignoranz in den Wind. Für die Sozialdemokratie rechtfertigte und rechtfertigt sich das Besatzungsregime nicht anders als durch die Funktion, die den vier Siegermächten des zweiten Weltkrieges nach dem totalen Zusammenbruch des NS-Regimes zugefallen ist. In Übereinstimmung mit den alliierten Kriegszielen konnte es sich nicht um Annexion, sondern nur um die treuhänderische Verwaltung deutschen Gebiets handeln.

Das Besatzungsregime muß sich in den Mäßen selbst aufbrauchen wie der demokratische Aufbau voranschreitet. Das ist dank der starken demokratischen Kräfte, die die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße repräsentiert, in überraschend kurzer Zeit geschehen. Darüber hinaus hat diese junge Demokratie Beweise ihres Funktionierens und ihrer Festigkeit erbracht, die die Welt überzeugen müssen. Die Westmächte müssen daraus die Konsequenzen ziehen und unserem Gemeinwesen die Handlungsfreiheit nach innen und außen geben, die es benötigt, um seine Aufgaben im Konzert der freien Völker erfüllen zu können. Unser Bekenntnis zur Freiheit darf nicht damit beantwortet werden, daß wir uns die Freiheit gegenüber denjenigen, die ihren Krieg als Befreier führen wollten, erkaufen müssen. Adenauers Politik hat die von den Westmächten selbst in Aussicht gestellte Revision des Besatzungsstatuts blockiert. Es gilt jetzt, die Rechtsverhältnisse mit der tatsächlichen Lage in Übereinstimmung zu bringen.

+ + +

Der Krach im Lager der italienischen Monarchisten

PE - Rom

Bis vor wenigen Wochen war der Großreeder und Bürgermeister von Neapel, Achille Lauro, einer der reichsten Männer Italiens, nicht nur das formelle Oberhaupt, sondern auch die wichtigste finanzielle Stütze der monarchistischen Parteiorganisation gewesen. Aber Lauro, ein typischer Selfmademan, hat bei all seinem phantastischen Reichtum weder als Politiker, noch als Parteitaktiker sonderliche Gewandtheit bewiesen, und so hat ihn im Laufe der Zeit der Parteisekretär Covelli völlig überrundet und ihm die effektive Leitung der Partei weitgehend entwunden. Immer häufiger geschah es in den letzten Monaten, daß der politische Kurs der Monarchisten in offenem Gegensatz zu den Wünschen Lauros von Covelli und dessen Gefolgsleuten festgelegt wurde. Jetzt aber hat der wuchernde Meinungsgegensatz schließlich zum offenen Bruch geführt. Lauro ist aus seiner eigenen Partei ausgetreten und hat unter dem Namen "Partito Monarchico Popolare", also "Monarchistische Volkspartei", eine neue politische Organisation ins Dasein gerufen.

Bei alledem spielt der EVG-Vertrag eine sehr wesentliche Rolle - die Frage nämlich, ob die Monarchisten für oder gegen die Ratifizierung dieses Vertrages stimmen sollen. Lauro ist von allem Anfang dafür gewesen und konnte sich hierbei auf Exkönig Umberto berufen, der von seinem Exil aus in nicht mißzuverstehender Weise auf die Notwendigkeiten dieses Vertrages hingewiesen hat.

Nicht so der Parteisekretär Covelli. Dessen ganze parlamentarische Taktik ist seit langem auf das einzige Ziel gerichtet, jede Regierung zu stürzen, die ohne Mitwirkung der Monarchisten zustande gekommen ist. Die Democrazia Cristiana soll auf diese Weise dazu gezwungen werden, jenes Bündnis mit den Monarchisten einzugehen, das de Gasperi und die anderen maßgebenden Männer der christlich-demokratischen Führung bisher beharrlich abgelehnt haben. Daher interessiert sich Covelli gar nicht dafür, ob nun der EVG-Vertrag sachlich für Italien vorteilhaft oder nachteilig ist. Die Tatsache, daß die ihm verhasste Regierung Scelba die Ratifizierung anstrebt, genügt ihm, um das ganze Vertragswerk im Verein mit den Kommunisten sozusagen unesehen abzulehnen.

Noch weiß nicht einmal Lauro selbst genau, wieviele von den monarchistischen Deputierten und Senatoren sich auf seine Seite schlagen werden. Aber auch wenn nur eine Minderheit von Covelli abfällt, bleibt doch die wichtige Tatsache bestehen, daß die bisherige Partei nicht länger auf die finanzielle Unterstützung Lauros und auf die von ihm beherrschte Presse rechnen kann.

Das bedeutet, daß die Regierung Scelba bei der bevorstehenden Ratifizierungsdebatte über den EVG-Vertrag mit Sicherheit auf die Stimmen der Lauro-Fraktion rechnen darf und daß sich überhaupt die Lage der Regierung innen- wie außenpolitisch gebessert hat, da sie von nun an über eine etwas größere parlamentarische Mehrheit verfügt als bisher. Es bedeutet aber auch, daß der Rechtsgruppe innerhalb der Democrazia Cristiana, die eine Regierungskoalition mit den Monarchisten anstrebt, weitgehend der Wind aus den Segeln genommen sein dürfte. Denn für eine solche Kombination kommt in Zukunft immer nur eine der beiden monarchistischen Parteien in Frage, während die andere automatisch in der gegnerischen Front zu finden sein dürfte. Damit aber werden die ohnedies schon geringen praktischen Verwirklichungsmöglichkeiten einer solchen Rechtskoalition noch weit problematischer als bisher.

Jedenfalls hat sich wieder einmal schlagend erwiesen, daß die monarchistische Bewegung in Italien eine Angelegenheit von ein paar politischen Abenteurern und Dilettanten ist, hinter denen zwar reaktionäre wirtschaftliche Mächte stehen, nicht aber eine wirkliche Volksbewegung. Denn die Ärmsten der Armen, die, durch die Spaghettipakete und die primitiven Versprechungen Lauros verlockt, bei den letzten Wahlen monarchistisch gewählt haben, sind bei dieser Spaltung überhaupt nicht um ihre Meinung gefragt worden und stehen jetzt hilflos vor der vollzogenen Tatsache, daß es statt einer plötzlich zwei Parteien gibt, die sich beide monarchistisch nennen und von denen die eine Führung an der anderen kein gutes Haar läßt. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich die verheerenden Folgen auszumalen, die dieser Zustand für die Sache Exkönig Umberto's haben muß, wenn das italienische Volk das nächste Mal zur Urne gehen wird.

+ + +

Arnold "in keiner leichten Lage"

rw - Düsseldorf

Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Thomas Dehler hat den Kapriolen im nordrhein-westfälischen Wahlkampf ausgerechnet in Heidesheim bei Mainz die bisher komischste und verwirrendste hinzugefügt. In besagtem Heidesheim erscheint ein "Bundesländerdienst" und in ihm hat Dehler die Bereitschaft der FDP erklärt, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold die "notwendige Deckung gegen links" zu geben. Der gute Arnold befindet sich in keiner leichten Lage, so meinte der FDP-Vorsitzende, er sei "in Gefahr, zum Ahlener Programm zurückzukehren". Die FDP führe den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, die Vorrangstellung der CDU zu brechen und eine mögliche Koalition zwischen der CDU mit dem Zentrum an der Seite und der SPD auf der Grundlage des Ahlener Programms zu verhindern.

- Das ist doch noch ein Wahlschlager, der sich aus vielen Gründen tatsächlich sehen lassen kann: "Schützt den Arnold vor dem Ahlener Programm". Solche Furcht hat Dehler vor einer Leiche... Allerdings spricht aus Dehler die durchaus zutreffende Erkenntnis, daß niemand anders als die SPD es noch einmal fertig bringen könnte, den platonischen Liebhaber des Ahlener Programms zu seinem Gewissen zurückzuführen.

Und wer schützt Arnold vor der Rechten? Wer schützt ihn schließlich vor Mittelhaube, vor Achenbach, vor - man werde auf der Gegenseite ja nicht wild - letztlich vor Naumann? Nur die SPD könnte ihn devor schützen, indem sie ihn zum Ahlener Programm zurückführen würde, wenn man darunter nicht den Buchstaben jener in Worte gefaßten ersten Nachkriegsbesinnung christlich-demokratischer Politiker verstehen will, sondern wenn man darunter die Erkenntnis versteht, daß in einer Zeit wie der unsrigen als Hauptziel allen Bemühens das gemeinsame Tragen der Not und die Überwindung der Ursachen neuer Not zu gelten hätte, kurz die soziale Befriedigung der Massen.

- Arnold müßte Herrn Dehler zu großem Dank verpflichtet sein, daß dieser ihm seine wirkliche Situation so treffend aufgezeigt hat. Denn nur in Augenblicken der Selbsttäuschung kann Arnold davon träumen, in

18. Juni 1954

Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit für ein CDU-Kabinett, vielleicht mit dem Zwerganhängsel einer langsam, aber sicher absterbenden Zentrumsgefolgschaft von vier bis fünf Mann zu erhalten. Die nordrhein-westfälische CDU wird sich tatsächlich bald-überlegen müssen, wohin sie in Deckung geht, nach rechts gegen links oder nach links gegen rechts.

So interessant aber auch die Perspektiven sein mögen, die für Arnold aus Dehlers Koalitionsangebot aufleuchten, weitaus interessanter noch müßten Dehlers Ansichten für alle jene Arbeiter, Angestellte und Beamte, für alle Leute des Mittelstandes und darüber hinaus sein, die bei den früheren Wahlen glaubten, sie könnten Arnold ruhig ihre Stimmen geben - oder der CDU -, weil diese ja so etwas-wie ein Ahlener Programm habe und in Nordrhein-Westfalen "das Gewissen der Bundesrepublik" sei. Schon am Tage nach der Wahl dürfte sich der Druck aus Bonn stärker als Arnolds soziales Gewissen erweisen. Dehler hätte sein überraschendes Koalitionsangebot - und dies vor den Wahlen - nicht gemacht, wüßte er sich nicht stärkster Bonner Unterstützung sicher.

+ + +

Auch den Sparer gilt es zu schützen

M - Wiesbaden

Der vierte Internationale Sparkassenkongreß, der unter der Teilnahme von rund 1.500 Delegierten aus 27 Ländern der freien Welt vom Montag bis Mittwoch in Wiesbaden stattfand, hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, wie sehr die soziale Struktur eines Volkes von seiner Spartätigkeit bestimmt wird. Die auf diesem Kongreß gewonnenen Erkenntnisse sind auch für uns von Bedeutung, obwohl die Bundesrepublik mit einem Sparcinlagenzuwachs, der im vergangenen Jahr eine Höhe von rund 2,3 Milliarden M erreichte, zu denjenigen Ländern gehört, in denen die Spartätigkeit den größten Auftrieb erhalten hat. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern, wie Frankreich, Italien, ist der Sparer um den Wert seines Geldes betrogen worden. Selbst die Ersparnisse in Pfunden und Dollar haben seit 1914 einen großen Teil ihrer Kaufkraft eingebüßt. Diese bitteren Enttäuschungen

sind zwar bei uns, jedoch noch nicht in allen anderen Ländern überwunden. Bei vielen hat sich die gefährliche Erkenntnis festgesetzt, daß Fleiß und Sparsamkeit nicht immer zum sozialen Aufstieg führen. In manchen Ländern hat daher das persönliche Sparen erheblich an Bedeutung verloren.

Angesichts dieser traurigen Erfahrungen, war es nicht verwunderlich, daß die internationalen Vertreter der Sparkassen in Wiesbaden mit einem besonderen Nachdruck für die Sicherung der Kaufkraft für Sparguthaben eintraten. Das Problem der Wertsicherung für Sparguthaben ist jedoch nicht durch spezielle Maßnahmen zu lösen. Dies haben auch die eingehenden Untersuchungen der deutschen Sparkassenorganisationen ergeben. Der Wert des Geldes und damit auch der Sparguthaben ist ausschließlich von der Stabilität der Währung abhängig. Die Sparkassenorganisationen in der ganzen Welt wollen daher in der Überwachung der Währungsstabilität eine besondere Aktivität entfalten, um den Sparer vor erneuten Übergriffen zu schützen. Ebenso, wie heute der garantierte Lohn für den Arbeiter selbstverständlich geworden ist, darf auch dem Sparer ein Schutz vor Verlusten nicht versagt werden.

Besondere Beachtung fanden in diesem Zusammenhang in Wiesbaden die Ausführungen des Vizegouverneurs der Bank von Frankreich, Jacques Rueff, der eine Politik der weltweiten Preisstabilität befürwortete. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte man sich zu der früheren automatischen Methode des Ausgleichs zwischen Kaufkraft und Güterangebot durch Rückkehr zur Goldwährung bedienen. Nur wenn die Notenbanken verpflichtet sind, ihre Noten in Gold einzulösen, dann ist der Kreditgewährung mit ihren inflationistischen Auswirkungen eine klare Grenze gesetzt. Mit der Goldwährung wird aber auch gleichzeitig die Konvertibilität, das heißt die freie Umtauschbarkeit der Währungen ermöglicht. Nach Ansicht von Prof. Rueff verhindert die Konvertibilität keineswegs die Neuverteilung der Einkommen, jedoch macht sie einen ungerechten Einkommensentzug unmöglich. Auch die Vollbeschäftigung ist durchaus mit der Konvertierbarkeit vereinbar. Die Sparkassen werden daher die Konvertibilitätsbestrebungen besonders unterstützen, da dies der relativ sicherste Weg ist, um Preisschwankungen in gewünschten Grenzen zu halten und damit die Interessen des Sparers zu schützen.

Vom Verbraucher wird es zweifelsohne begrüßt werden, wenn sich die Sparkassen nunmehr im verstärkten Maße für die Erhaltung der Kaufkraft einsetzen. Sie sollten dann aber auch ihren Einfluß geltend machen, um staatliche oder zentral angeordnete Preiserhöhungen zu verhindern. Obwohl der Trend der allgemeinen Preisentwicklung keineswegs nach oben, sondern eher nach unten gerichtet ist, haben wir gerade in jüngster Zeit Preiser- und Gebührenerhöhungen auf den verschiedensten Gebieten erleben müssen. Die Gebührenerhöhungen bei der Post und die Preissteigerungen für Obst und Gemüse sowie Milch sind die jüngsten Beispiele für eine Preispolitik, die keineswegs der Stabilität der Kaufkraft dient. Auch die Bundesrepublik ist nicht frei von inflationistischen Tendenzen. Das wachsende Vertrauen, das heute die Sparer durch ihre beachtlichen individuellen Sparleistungen unter Beweis stellen, sollte daher nicht durch verfehlte wirtschaftspolitische Maßnahmen erneut erschüttert werden.